



Bundestags- brief

Nr. 183 • Die Woche im Bundestag • 04.12.2015



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Provenienzforschung in Deutschland: der historischen Verantwortung gerecht werden

Das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste (DZK) hat seine Arbeit vor fast einem Jahr aufgenommen. Gemeinsam mit allen 16 Bundesländern hat der Bund diese Stiftung am 01. Januar 2015 ins Leben gerufen.

Die Gründung des Deutschen Zentrums Kulturgutverluste ist ein starkes Bekenntnis zur rückhaltlosen Aufklärung des NS-Kunstraubes. Es übernimmt nicht nur beratende und unterstützende Aufgaben für öffentliche Einrichtungen in Deutschland, die sich in der Suche nach NS-Raubkunst engagieren.

Das Hauptaugenmerk des Zentrums gilt dem im Nationalsozialismus verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgut, insbesondere aus jüdischem Besitz ("NS-Raubkunst"). Es ist damit auch eine Lehre aus dem „Schwabinger Kunstfund“, der uns die Bedeutung und Notwendigkeit einer verbesserten und vor allem auch gebündelten Provenienzforschung deutlich vor Augen geführt hat. Entsprechend wurden unter dem Dach des Zentrums zum Beispiel die Lost-Art-Datenbank angesiedelt und das Zentrum zudem als Geschäftsstelle der unabhängigen Beratenden Kommission unter Vorsitz von Jutta Limbach bestimmt. Auch die weitere Aufarbeitung und Folgeforschung zum „Schwabinger Kunstfund“ werden zukünftig im Deutschen Zentrum für Kulturgutverluste erfolgen.

Grundlage dieser Arbeit des Zentrums sind dabei die "Washingtoner Prinzipien" aus dem Jahr 1998 und die ein Jahr später verabschiedete "Gemeinsame Erklärung", die Bund, Länder und kommunale Spitzenverbände zur Umsetzung dieser Prinzipien in nationale Politik gemeinsam gefasst haben.

Das DZK fördert und koordiniert es Projekte in Museen, Bibliotheken und Archiven, die sich der Erforschung der Geschichte ihrer Bestände

auf eine Vergangenheit im Zusammenhang mit Raubkunstvorgängen der NS-Zeit widmen. Auch privat getragene Einrichtungen und Privatpersonen, die den Washingtoner Prinzipien folgen, können jetzt Unterstützung durch das DZK erhalten. Die dahingehenden Angebote sind neu und sollen schrittweise weiter ausgebaut werden.

Gleichzeitig will das Zentrum zur nationalen und internationalen Vernetzung der Provenienzforschung beitragen. Im Falle des „Schwabinger Kunstfund“ ist deutlich geworden, wie wichtig es ist, das vorhandene Wissen zusammenzuführen. Nur so kann es gelingen, aus den vielen Mosaiken des Wissens ein stimmiges Bild zu formen, das Aufschluss über die Geschichte eines Bildes oder gar einer ganzen Sammlung geben kann.

Im Kulturausschuss des Deutschen Bundestages und auf einer Konferenz des Jüdischen Museums Berlins wurden in der letzten Woche ausführlich die Erfahrungen mit Fragen der Provenienzforschung und Restitution diskutiert. Dabei waren sich alle Teilnehmer einig, dass Deutschland seine historische Verantwortung auch für die Folgen der NS-Diktatur im Bereich von Kunst und Kultur weiterhin intensiv wahrnehmen muss.

Die vielfältigen Aufgaben des Zentrums unterstützt der Bund allein im Jahr 2015 mit mehr als vier Millionen Euro und auch die Bundesländer engagieren sich mit zusätzlichen 500.000 Euro.

Darüber hinaus hat der Bund sich kurzfristig bereit erklärt, die auslaufende Finanzierung der Forschungsstelle „Entartete Kunst“ an der Freien Universität Berlin für das Jahr 2016 sicherzustellen. Hier zeigt sich, dass die Bundesregierung die Aufarbeitung des NS-Unrechts weiter entschlossen voran treibt und so ihrer historischen Verantwortung gerecht wird.

Solidarität mit Frankreich

Es sind schwere Wochen, die unser Nachbar und Freund Frankreich erlebt. Auch wir stehen noch immer unter dem Eindruck der schrecklichen Ereignisse von Paris und dem sinnlosen Morden der Terrorgruppe „Islamischer Staat“. Die deutsch-französische Freundschaft ist kein Schönwetterprojekt, echte Freundschaft zeigt sich gerade in schweren Zeiten.

Doch nicht nur Frankreich, unsere gesamte Zivilisation wird durch die Gräueltaten des IS bedroht. Sie wollen unserem Gesellschaftsmodell, dem die Freiheit des Einzelnen zugrunde liegt und das Minderheiten schützt, ein Ende bereiten und dieses durch eine pseudo-religiöse Terrorherrschaft ersetzen.

Dabei kennt der IS kein Tabu. Gespräche und Verhandlungen sind mit ihm unmöglich. Dem IS muss mit den Mitteln, die der freien Welt zur Verfügung stehen, ein Ende bereitet werden. Hierzu gehört neben der Diplomatie und der Entwicklungszusammenarbeit auch das Militär. Deutschland als größter Staat in der Europäischen Union darf angesichts der aktuellen Lage nicht untätig bleiben. Dass unser Beitrag zählt und wirkt, haben wir bereits bewiesen. Im Nordirak gelang es durch Lieferung von militärischem Ausrüstungsmaterial zur Unterstützung der kurdischen Regionalregierung, den IS zu stoppen und zurückzudrängen.

In dieser Woche haben wir über die Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Verhütung und Unterbindung terroristischer Handlungen durch die Terrororganisation IS auf Grundlage von Art. 51 der Charta der Vereinten Nationen i.V. mit Art. 42 Abs. 7 des Vertrags über die Europäische Union sowie diverser Resolutionen des VN-Sicherheitsrates beraten.

Der von der Bundesregierung vorgeschlagene Beitrag dient dabei dem Kampf gegen den Terrorismus im Rahmen der Allianz gegen den IS. Er soll durch die Bereitstellung von Luftbetankung, Aufklärung (insbesondere luft-, raum- und seegestützt), Begleitschutz für den französischen Flugzeugträger Charles de Gaulle und Stabspersonal zur Unterstützung erfolgen. Insgesamt sollen sich an dem Einsatz bis zu 1200 Soldatinnen und Soldaten mit Ausrüstung beteiligen.

Der Einsatz unserer Streitkräfte soll vorrangig im und über dem Operationsgebiet der Terrororganisation IS in Syrien sowie auf dem Territorialgebiet von Staaten erfolgen, von denen eine Genehmigung der jeweiligen Regierung vorliegt, sowie im Seegebiet östliches Mittelmeer, Persischer Golf, Rotes Meer und angrenzenden Seegebieten.

Der Einsatz soll zunächst bis zum 31.12.2016 befristet sein. Er ist eingebettet in einen breiten politischen Ansatz, der von der großen Mehrheit der Staatengemeinschaft getragen wird und politische, humanitäre, und militärische Ebenen hat. Ziel ist es, den IS einzudämmen und Irak so zu stabilisieren, dass alle Bevölkerungsgruppen angemessen eingebunden werden. Ebenso soll durch diplomatische Bemühungen auf internationaler Ebene eine nachhaltige politische Befriedung Syriens und der Region erreicht werden.

Neben den unmittelbaren Unterstützungsleistungen im Kampf gegen den IS plant die Bundesregierung weiterhin, die französischen Streitkräfte durch die Übernahme von stärkerer Verantwortung in Mali sowie durch die Bereitstellung medizinischer Soforthilfe bei eventuellen weiteren Großschadensereignissen in Frankreich zu entlasten.

Klimaschutzkonferenz in Paris

Die Klimaschutzkonferenz in Paris muss ein Erfolg werden. Die Voraussetzungen scheinen günstig zu sein, da auch große Länder dazu bereit sind, ihre Verantwortung für einen besseren Klimaschutz zu übernehmen. Die Zeit drängt, denn wir erleben gegenwärtig die ersten Folgen des Klimawandels.

Deshalb werden 195 Staaten bis zum 11. Dezember in Paris über einen weltweiten Vertrag zur Verringerung der globalen Treibhausgasemissionen verhandeln. Ziel ist eine Begrenzung der Erderwärmung um zwei Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit. Die von 183 Staaten bislang vorgelegten Ziele reichen leider nicht aus, um das Zwei-Grad Ziel zu erreichen. Es muss sich nun zeigen, ob die Staatengemeinschaft entschlossen ist, den Klimawandel zu begrenzen und dazu bereit ist, unsere Welt als einen lebenswerten Ort für künftige Generationen zu erhalten.

Deutschland ist dabei nicht nur einer der Vorreiter in Sachen Klimaschutz sondern auch bei der Finanzierung klimaschützender Maßnahmen in den Entwicklungsländern.

Bis 2020 wird es seinen Beitrag von 5,1 Milliarden Euro im Jahr 2014 auf rund zehn Milliarden verdoppeln. Wir wollen einen Erfolg der Klimaschutzkonferenz von Paris.

Unser großes Ziel ist es, völkerrechtlich verbindlich einen Überprüfungsmechanismus zu erreichen, damit das 21. Jahrhundert ein Jahrhundert der schrittweisen Dekarbonisierung wird.

Ein-Euro-Jobs als Sprungbrett

Einer Umfrage des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zufolge tragen Arbeitsgelegenheiten für Arbeitslosengeld-II-Empfänger, sogenannte Ein-Euro-Jobs, dazu bei, die Beschäftigungsfähigkeit der Teilnehmer zu erhalten.

Zwei Drittel der befragten Einsatzbetriebe hielten diese arbeitsmarktpolitische Maßnahme demnach für geeignet, die Teilnehmer wieder an den Arbeitsmarkt heranzuführen. Als Hemmnis sahen 16 Prozent der Betriebe an, dass die Maßnahmen nicht dazu ausgelegt seien, persönliche Probleme der Teilnehmer zu lösen, jeweils 15 Prozent gaben an, dass die Teilnehmer zu wenig qualifiziert seien und dass die Ein-Euro-Jobs nicht den Anforderungen einer regulären Beschäftigung entsprechen.

Dennoch sehen 82 Prozent der Betriebe ihren Teilnehmer als geeignet für den jeweiligen Ein-Euro-Job an, mehr als die Hälfte der befragten Betriebe stellte sogar eine Eignung für ein reguläres Beschäftigungsverhältnis fest.

(Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)

Krankenstand gesunken

Im Vergleich zum Vorjahr ist der Krankenstand 2014 von 4,88 Prozent auf 4,75 Prozent leicht gesunken. Das geht aus dem aktuellen „BKK Gesundheitsreport“ hervor, bei dem die Daten aus der Gesundheitsversorgung für 9,1 Millionen Versicherte der Betrieblichen Krankenkassen analysiert wurden.

Häufigster Grund der Arbeitsunfähigkeitstage sind mit 26,8 Prozent Erkrankungen am Muskel- und Skelettsystem, gefolgt von psychischen Erkrankungen mit 15,7 Prozent und Beschwerden des Atmungssystems mit 13,2 Prozent.

Insbesondere die psychischen Störungen werden dabei häufiger – dort haben sich die Arbeitsunfähigkeitstage in den vergangenen zehn Jahren mit einem Plus von 129 Prozent mehr als verdoppelt. Nur ein Bruchteil aller Fälle von Arbeitsunfähigkeit ist auf Langzeiterkrankungen von mehr als 6 Wochen zurückzuführen; diese machten jedoch 2014 mit 47,5 Prozent fast die Hälfte aller Fehltage aus – ein Plus von 4,2 Prozent in den vergangenen 10 Jahren.

(Quelle: BKK Gesundheitsreport)

Gutes Geschäftsklima in Ostdeutschland

Das ifo Geschäftsklima für die gewerbliche Wirtschaft in Ostdeutschland hat sich im November spürbar aufgehellt.

Der Klimaindikator expandierte auf 110,7 Indexpunkte, von 108,2 Punkten im Vormonat. Die ostdeutschen Befragungsteilnehmer sind im aktuellen Monat zufriedener mit ihren laufenden Geschäften.

Zudem hat der Optimismus über den zukünftigen Geschäftsverlauf deutlich zugenommen; die Geschäftserwartungen erreichen erstmalig ein Niveau wie zum Jahresende 2010. Besonders im Verarbeitenden Gewerbe hat sich das Geschäftsklima aufgehellt.

Maßgeblich hierfür sind die spürbar günstigeren Erwartungen der ostdeutschen Industriefirmen an ihre weitere Geschäftsentwicklung. Auch vom Auslandsgeschäft erwarten sie weiterhin positive Impulse.

Des Weiteren berichten die Befragungsteilnehmer von einer besseren Geschäftssituation und wollen ihre Produktion in den kommenden drei Monaten nochmals ausweiten. Auch im ostdeutschen Großhandel und im Bauhauptgewerbe ist der Klimaindikator kräftig gestiegen, während er im Einzelhandel dem Vormonatsniveau entsprach.

(Quelle: ifo Geschäftsklimaindex Ostdeutschland)